



Programm der SPD Schwarzenbek zur Kommunalwahl 2018

Einleitung

Die Reihenfolge der Punkte im Wahlprogramm bedeutet keine Priorität.

Der Konsolidierungsvertrag läuft demnächst aus. Damit werden wir vermutlich wieder freier handeln können. Zumindest darf „die Konsolidierung“ unser Denken nicht einschnüren. Die Gebote der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bleiben ohnehin gültig.

Wir denken nicht nur bis zum Sommer 2018, sondern über den tagespolitischen Tellerrand hinaus bis etwa Mitte des kommenden Jahrzehnts. Entscheidungen, die gegen Ende der kommenden Wahlperiode getroffen werden, werden möglicherweise sogar erst 2025 oder später ausgabewirksam.

Für die Durchsetzung unserer Ziele müssen wir Verbündete finden. Daher werden wir verhandeln müssen und nicht auf Maximalforderungen beharren können. Bereits dadurch wird Einiges ganz oder teilweise nicht realisiert werden können.

- **Stadtentwicklung:**

Flächennutzungsplanung:

Derzeit haben wir keine geschlossenen Ansiedlungsflächen für Gewerbe/Industrie im Eigentum der Stadt und können bei Ansiedlungsinteresse nicht kurzfristig darüber verfügen. Die Stadt muss wieder Vorratswirtschaft betreiben und Grundeigentum erwerben, um selbst handlungsfähig zu werden.

Die Politik (und die Verwaltung) und nicht Investoren haben die Planung zu entwickeln.

Wir wollen kein Wachstum um jeden Preis.

Die Infrastruktur, das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben, die Arbeits- und die Freizeitmöglichkeiten unter Beachtung der Nachhaltigkeit müssen passen.

Im Flächennutzungsplan müssen neue Gewerbeflächen innerhalb des Stadtgebietes ausgewiesen werden zur Schaffung attraktiver, qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor Ort. Es sollen zukunftssträchtige Unternehmen angesiedelt werden.

Hierfür benötigen wir dann auch einen Wirtschaftsförderer.

Mietwohnungsbau

Wir setzen uns für bezahlbares Wohnen, auch alten- und behindertengerecht, ein.

Für einen Teil davon fordern wir ein vorrangiges Belegungsrecht mit Vorrang für Menschen, die in Schwarzenbek wohnen oder arbeiten (Punktsystem).

Hierzu ist der tatsächliche Bedarf (Anzahl, Wohnungsgrößen) in der Stadt zu ermitteln.



Ausgleichsflächen und Knickausgleiche sollen in unserer Stadt oder im Nahbereich und nicht weit entfernt liegen. Sie sollen der Natur hier bei uns dienen.

Wir setzen uns für die **Umgestaltung der Lauenburger Straße** zu einer attraktiven „Einkaufs- und Flaniermeile“ nach Herausnahme des Schwerverkehrs ein.

Wir wollen unseren **Wochenmarkt erhalten** und fördern.

Wir fordern weiterhin ein öffentliches und kostenfreies **WLAN** (HotSpots).

Die **ehemalige Realschule** soll der Allgemeinheit dienen.
Die Volkshochschule und die Stadtbücherei sollen möglichst bald umziehen.

Für uns ist der **Erhalt der Postfiliale** in Schwarzenbek sehr wichtig.

- **Finanzen:**

Als es der Stadt schlecht ging, sah die Politik sich zu Steuererhöhungen gezwungen.

Dieses Verfahren wird leider häufig als Einbahnstraße gesehen – es wird fleißig weiter kassiert.

Die finanzielle Lage hat sich deutlich entspannt. Da ist es nur gerecht und billig, wenn wir den Steuerzahlern nun etwas zurückgeben.

Wir wollen Grund- und Gewerbesteuerhebesätze moderat senken.

- **Jugend, Senioren, Kultur, Bildung, Soziales, Gesundheit:**

Bei der Kinderbetreuung reicht die formale Erfüllung gesetzlicher Zahlenwerte nicht. Wir wollen ein ganzheitliches Angebot für die verschiedenen Altersgruppen (Krippe, Elementar und Hort), das den unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnissen der Eltern (Berufstätigkeit, Pendler) Rechnung trägt und genügend Flexibilität gewährleistet (Randzeiten, Inklusionsbedarf).

Eine kritische Überprüfung der Kita-Beiträge halten wir für erforderlich.

Eltern dürfen nicht dafür „bestraft“ werden, dass „ihre“ Kita höhere Betriebskosten hat als andere. Unter Umständen ist ein städtischer Zuschuss zu leisten.

Mehr Kitas heißt auch bald: Mehr Schulklassen.

Unsere Stadt muss daher die schulische Infrastruktur anpassen.

Dazu muss der Schul- und KiTa-Bedarfsplan fortgeschrieben werden.

Wir benötigen auch für ältere Kinder Spiel- und „Austobepplätze“.

Wir wollen alle Schulen fit für das **digitale Lernen** machen.

Dazu wollen wir auch kräftig Geld in die Hand nehmen.

Digitales Lernen (1. Schritte), auch in Kitas, ist zu prüfen.



Wir wollen die **Jugendarbeit** für ältere Jugendliche und Heranwachsende konsequent intensivieren.

Prävention statt eines Abgleitenlassens in Herumlungen und Kriminalität!

Unsere Kinder dürfen nicht zu Nichtschwimmern „verkommen“.

Förderung des Schwimmunterrichts für unsere Kinder. Wir brauchen Ersatzlösungen, solange kein Becken vor Ort ist– auch wenn sie die Stadt Geld kosten.

Aufgrund des demographischen Wandels ist die Einrichtung eines Lehr- und Therapieschwimmbeckens auch für Ältere erforderlich. Dabei sind die Ergebnisse der kommenden Untersuchung zu berücksichtigen.

Eine solche Einrichtung muss nicht zwingend durch die Stadt gebaut und betrieben werden.

Den **Senioren** ist wegen ihrer zum Teil schwierigen Situation (eingeschränkte Mobilität, Einsamkeit, Altersarmut) und ihrer Lebensleistung besondere Unterstützung und Wertschätzung zu gewähren. Langfristig sind über das Stadtgebiet verteilt mehrere Senioren- bzw. Mehrgenerationenzentren zu errichten.

Barrierefreiheit darf nicht nur als Schlagwort gesehen werden.

Deswegen fordern wir einen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten für unsere Stadt.

Bordsteinabsenkungen als Erleichterung für Gehbehinderte, Kinderwagen, etc. sind erforderlich; aber die Fokussierung auf Mobilitätseinschränkungen reicht nicht aus.

Wir unterstützen die Arbeit der **Stadtbücherei** und der **Volkshochschule** bei sozial kalkulierten Gebühren.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung des **Rad- und Wanderwegenetzes** insbesondere auch die Einrichtung von Rundwanderwegen im Zusammenwirken mit Umlandgemeinden und Kreis.

Wünschenswert sind auch ein Inline-Skater-Netz, Grillplätze, sowie Sport-/ Fitness-Geräte auch für Erwachsene.

Wir halten einen **Kunstrasenplatz** aufgrund der Allwettertauglichkeit und des geringeren Unterhaltes für erforderlich.

Wir setzen uns für eine **Verbesserung der Ärzteversorgung** und für den **Apothekennotdienst** vor Ort ein (keine Verweisung nach Lauenburg oder Geesthacht).

Wir wollen eine **echte Rettungswache** vor Ort, die auch nachts besetzt ist.

Vereine sind wesentliche Träger des Gemeinsinns und der Jugendarbeit.

Deshalb wollen wir das Vereinswesen besonders fördern/unterstützen.

- **Verkehr:**

Eine Entlastung des zeitweise völlig überlasteten Straßenzuges Hamburger Straße / Möllner Straße (B 207) ist dringend erforderlich.



Es sind geeignete Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahrenpunkten und Verkehrsärgernissen für Fußgänger und Fahrzeuge zu treffen. Dazu gehören:

- die Ampelschaltung an der Kreuzung „Kerntangente/Ladestraße/Auffahrt zur Brücke/Möllner Str.“
- und die Beseitigung der überflüssigen Schikane im Gewerbeweg.

In der Berliner Straße ist eine **Querungshilfe** für Kinder vorzusehen.

Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Verringerung der Emissionen sind die Schaltungen der Ampelanlagen zu überprüfen.

Nach Möglichkeit ist der "**Grünpfeil**" vermehrt einzuführen.

Es ist uns wichtig, dass auf den Bahnsteigen der **Wetterschutz** für die Wartenden weiter verbessert wird. Die Möglichkeit, Auskünfte und Fahrkarten am Bahnhof nicht nur am Automaten zu bekommen, muss wieder eingeführt werden.

Wir fordern den Tarifbereich „C“ des HVV für unsere Stadt.

Wir wollen **Stadtbuslinien** für die „unversorgten“ Stadtteile einrichten. Damit wird dem demographischen Wandel und der Tatsache, dass weite Bereiche der Stadt ohne Sozialangebot und Einkaufsmöglichkeiten sind, Rechnung getragen.

Der Betrieb kann ggf. auch als Sammeltaxi, Kleinbus o.ä. angeboten werden.

Auch unkonventionelle Lösungen sind zu prüfen.

- **Verwaltungsstruktur, Organisation:**

Die Effizienz der bürgerfreundlichen Stadtverwaltung ist zu optimieren. Erste gute Ansätze (Archivgemeinschaft, IT-Gemeinschaft) sind gemacht. Die Zusammenarbeit mit dem Amt Schwarzenbek-Land ist zu intensivieren. Die Nutzung moderner Kommunikationstechnologie („e-Government“) ist voranzutreiben.

Keine Privatisierung der Wasserversorgung!

Die Abwasserbeseitigung soll weiter als **städtischer Eigenbetrieb** organisiert sein.

Im Haupt- und Planungsausschuss soll, wie auch in den anderen Ausschüssen, nur noch Sitzungsgeld statt der hohen Aufwandsentschädigung gezahlt werden.

- **Öffentliche Sicherheit:**

Wir wünschen uns alle eine sichere Stadt.

Hierfür ist eine gute Zusammenarbeit mit unserer Polizei und eine gute Ausstattung unserer Feuerwehr notwendig. Zur Bekämpfung der Gewalt von Jugendlichen sowie der Jugendkriminalität ist das **Personal für die Jugendarbeit** dringend aufzustocken.

Wir wünschen uns ein gefälliges Stadtbild. Schmierereien sind daher umgehend zu beseitigen. Der Bauhof soll, wo möglich, auch bei der Beseitigung öffentlich sichtbarer Schmierereien an Privateigentum unterstützen.



- **Umwelt, Energie:**

Wir unterstützen Maßnahmen zu Verringerung des Verkehrslärms.

Die Anliegerbeiträge gemäß Straßenbaubeitragssatzung sind abzuschaffen.
Ein Straßenbauplan ist aufzustellen und fortzuschreiben.

Wir unterstützen den Einsatz regenerativer Energien in unserer Stadt, jedoch ohne massenhafte „Vermaisung“ unserer Umgebung. Biogas muss keineswegs nur aus Mais hergestellt werden.

Die E-Mobilität ist durch geeignete infrastrukturelle Maßnahmen, wie zum Beispiel Ladestationen für E-Bikes und weitere Ladesäulen für E-Mobile, zu fördern.
Weitere Maßnahmen werden wir im Rahmen des Mobilitätskonzeptes unterstützen.

Tierschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe – wie Feuerwehr und Abfallentsorgung.
Tierschutz ist auch eine Frage des würdigen Umgangs mit der Kreatur.
Wir setzen uns für die nachhaltige Unterstützung der hier tätigen Vereine und Organisationen und deren solide finanzielle Ausstattung, sowie für die angemessene Würdigung des hier engagierten Ehrenamts ein.